

Niederschrift
über die Sitzung des Integrationsrates
am 26.05.2020

Tagungsort: Rochdale-Raum, 2. OG, Altes Rathaus
Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 17:15 Uhr

Anwesend:

Mitglieder

Frau Murisa Adilovic
Herr Jens Burnicki
Frau Marlis Bußmann
Frau Dilek Dogan-Alagöz
Herr Ole Heimbeck
Frau Irini Mavreli
Frau Viola Obasohan
Herr Mehmet Ali Ölmez
Herr Ali Sedo Rasho
Herr Michael Weber
Herr Cemil Yildirim
Herr Selim Yilmazer

Stellvertretende Mitglieder

Herr Vincenzo Copertino

Von der Verwaltung:

Frau Isfendiyar, Kommunales Integrationszentrum
Frau Grewe, Kommunales Integrationszentrum
Frau Aron, Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention
Herr Meser, Kommunales Bildungsbüro

Öffentliche Sitzung:

Zu Punkt 1 **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die Sitzung des Integrationsrates am 06.05.2020**

./.

Zu Punkt 2 **Mitteilungen**

Keine Mitteilungen

Zu Punkt 3

Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

Zu Punkt 4

Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

-.-.-

Zu Punkt 5

Verwendung des Integrationsbudgets – Schule und Bildung

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 10944/2014-2020

Frau Isfendiyar erläutert anhand der Vorlage die Projekte, die im Rahmen des Integrationsbudgets unterstützt werden sollen.

Frau Adilovic begrüßt die Förderung der Projekte, beanstandet allerdings die nicht rechtzeitige Beteiligung des Vorstandes im Vorfeld der Beratungen.

RM Herr Weber gibt zu Protokoll, dass es sich bei der Förderung der Projekte aus dem Integrationsbudget nicht um zusätzliche Mittel handele, die den Haushalt belasten. Es seien bereits vorhandene Fördermittel. Er weist darauf hin, dass die Corona-Krise enorme Folgen bzw. Auswirkungen auf die Finanzsituation bzw. –einnahmen der Stadt haben werde. Die Einnahmen werden einbrechen, es sei wichtig, dass die Stadt, die Politik und die Verwaltung sich darauf einstellen. D.h. mit dem Beschluss erfolge keine Bereitstellung zusätzlicher Mittel. Dieses müssten alle zur Kenntnis nehmen.

Der Schul- u. Sportausschuss und der Jugendhilfeausschuss beschließt folgende Ausgaben für den Bereich Schule und Bildung aus dem Integrationsbudget:

- 1. Aufstockung des Budgets "Schulische Integrationshilfen" und der Projekte der Vielfalt des Kommunalen Integrationszentrums um 112.150,00€**
- 2. Unterstützung von Sprachförderangeboten in den Schulferien um 102.924,00€**
- 3. Kooperationsprojekt der Dezernate OB, 2 und 5 zum Übergang Kita-Grundschule um 47.060,00€**
- 4. Unterstützung des Projekts FörBi – Förderunterricht für Schülerinnen und Schüler nichtdeutscher Herkunftssprache um 18.000,00€**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 6

Sprach- und Kulturmittler*innen - Fortsetzung für die Jahre 2020 und 2021

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 10883/2014-2020

Frau Aron stellt die Vorlage vor und beantwortet eine Frage von Frau Bußmann.

Der Integrationsrat und der Psychiatriebeirat empfehlen, der Sozial- und Gesundheitsausschuss beschließt:

Die Arbeit der Sprach- und Kulturmittler*innen wird bis zum 31.12.2021 fortgeführt.

Die hierfür anfallenden Kosten von ca. 5.000 € jährlich werden aus dem Integrationsbudget finanziert.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 7

Integrationsbudget - Fortsetzung einzelner Projekte

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 10490/2014-2020

Frau Aron fasst die Vorlage zusammen, ohne Aussprache fasst das Gremium den folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Integrationsrat empfiehlt, der Sozial- und Gesundheitsausschuss, der Jugendhilfeausschuss und der Schul- und Sportausschuss beschließen:

1. Für das Empowerment von Mädchen und Jungen werden folgende Projekte mit einer Summe von insgesamt ca. 110.000 € aus Mitteln des Integrationsbudgets gefördert:
 - a. Workshops des Mädchenhauses Bielefeld e.V. zum Thema „Mädchen haben Rechte - Prävention von (sexualisierter) Gewalt und geschlechtsspezifischer Benachteiligung“
 - b. „JAR 3.0“-Workshops des Vereins EigenSinn e.V. zur Auseinandersetzung mit Rollenbildern
 - c. kultursensible sexualpädagogische Workshops der Aidshilfe Bielefeld e.V. in Kooperation mit profamilia Bielefeld e.V., Aids-Prävention der AWO und SCHLAU Bielefeld.

Die Projektlaufzeit beträgt 01.09.2020 bis 31.12.2022. Falls sich der Start des Projekts wegen der Corona-Krise verzögert, kann die Projektlaufzeit entsprechend verlängert werden.

2. Für das Projekt „Digitale Teilhabe gestalten“ werden Mittel in

Höhe von ca. 36.000 € aus dem Integrationsbudget eingesetzt.

- 3. Das Projekt „Open Sunday“ der SportJugend wird bis zum 31.12.2022 fortgeführt. Die hierfür anfallenden Kosten von ca. 54.000 € werden aus Mitteln des Integrationsbudgets finanziert.**

- mit großer Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 8

Richtlinien zur Vergabe des „Teilhafefonds“ im Rahmen des Integrationsbudgets

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 10468/2014-2020

Frau Aron verweist auf die Erweiterung des Vergabegremiums. Bis jetzt war der Integrationsrat mit zwei Vertretern bzw. Vertreterinnen im Vergabegremium präsent. Im neuen Vorschlag reduziert sich die Teilnahme auf eine bzw. einen Vertreter oder Vertreterin.

Frau Adilovic und Frau Obasohan legen einen Antrag zur Ergänzung der Richtlinien zur Vergabe des „Teilhafefonds“ im Rahmen des Integrationsbudgets vor. Der folgende Punkt in der Vorlage soll ergänzt werden:

- 1.) Ein Drittel des Integrationsbudgets wird ausschließlich für die Integration von Menschen mit einer Zuwanderungsgeschichte verwendet.**

Zur Begründung erwähnen Frau Adilovic und Frau Obasohan, dass dem „Teilhafefonds“ im Rahmen des Integrationsbudgets die Pauschalen aus der Integrationsförderung zu Grunde liegen. Zum ersten Mal würde in dieser Form Bevölkerungsgruppen berücksichtigt, die keine rechtlichen Ansprüche auf die Integrationsleistungen haben. Deshalb sehe der Integrationsrat es als seine zentrale Aufgabe, die politische Partizipation dieser Bevölkerungsgruppe zu fördern. In diesem Zusammenhang verweisen sie auf die Satzung des Integrationsrates. Sie halten zwei Vertreter bzw. Vertreterinnen - wie in der bisherigen Zusammensetzung des Vergabegremiums - für unabdingbar.

Nach einer kurzen Diskussion, an der Herr Yilmazer, Herr Weber, Herr Burnicki, Frau Bußmann, Herr Copertino, Frau Dogan-Alagöz und Frau Obasohan teilnahmen, stellt Herr Vorsitzender Herr Ölmez den Beschluss - abweichend von dem ursprünglichen Beschlussvorschlag - mit der beantragten Ergänzung zur Abstimmung.

Die weiteren Punkte der Vorlagen verschieben sich entsprechend um einen Punkt.

Beschluss:

Der Integrationsrat empfiehlt: der Sozial- und Gesundheitsausschuss und der Jugendhilfeausschuss beschließen:

1. **Ein Drittel des Integrationsbudgets wird ausschließlich für die Integration von Menschen mit einer Zuwanderungsgeschichte verwendet.**
2. **Es wird für drei Jahre ein Teilhabefonds im Umfang von 150.000 Euro jährlich eingerichtet.**
3. **Die Richtlinien zur Vergabe von Projektmitteln des „Teilhabefonds“ zur Verbesserung der Teilhabechancen von Menschen mit unterschiedlichen Benachteiligungen und zur Förderung eines diskriminierungsfreien Zusammenlebens werden in der als Anlage beigefügten Fassung beschlossen.**
4. **Die Verwaltung wird beauftragt, die Richtlinien bekannt zu machen und das Verfahren wie dargelegt abzuwickeln.**
5. **Die Verwaltung wird beauftragt, den zuständigen politischen Gremien nach Auslaufen der Förderung über die Inanspruchnahme der Mittel und die geförderten Projekte zu berichten.**

- mit großer Mehrheit beschlossen -

Zu Punkt 9

Erstanlaufstelle für (Neu-)Zugewanderte

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 10912/2014-2020

Frau Grewe stellt die Vorlage zusammenfassend dar und beantwortet die Nachfragen von Frau Dogan-Alagöz, Herrn Yilmazer, Herrn Burnicki und Frau Obasohan.

Frau Adilovic plädiert dem ursprünglichen Beschlussvorschlag wie folgt zu ergänzen:

1. Die Federführung und die fachliche Qualitätssicherung werden durch die Stadt gesichert.
2. Die Berichterstattung über die Arbeit der Stelle muss nach einem Jahr folgende Komponenten erhalten:
 - Anzahl der Ratsuchenden
 - Herkunft der Ratsuchenden
 - Geschlecht der Ratsuchenden

- Beratungsanliegen der Ratsuchenden
- Auflistung der Institutionen und Einrichtungen, an die die Ratsuchenden verwiesen wurden
- Prüfung, inwieweit eine Implementierung in den bestehenden Beratungsdiensten möglich ist.

Herr Vorsitzender Ölmez stellt die Zustimmung der anwesenden Mitglieder fest und lässt über den Beschluss mit den vorgeschlagenen Änderungen abstimmen. Der Beschluss wird mit Punkt 4 und 5 ergänzt.

Beschluss:

Der Integrationsrat empfiehlt dem Sozial- und Gesundheitsausschuss zu beschließen:

1. **Die Verwaltung wird beauftragt, unter Berücksichtigung der konzeptionellen Grundzüge (siehe Anlage) die Erstanlaufstelle für (Neu-)Zugewanderte zu etablieren. Die Träger der Migrationsberatung für Erwachsene und des Jugendmigrationsdienstes sind im Prozessverlauf ebenso zu beteiligen wie andere themenberührte Akteure der Integrationsarbeit.**
2. **Für eine 3-jährige Förderperiode erfolgt die Finanzierung im Gesamtvolumen von 100.000 € aus Mitteln des Integrationsbudgets.**
3. **Über die Umsetzung und die Erfahrungen werden die zuständigen politischen Gremien regelmäßig informiert.**
4. **Die Federführung und die fachliche Qualitätssicherung werden durch die Stadt gesichert.**
5. **Die Berichterstattung über die Arbeit der Stelle muss nach einem Jahr folgende Komponenten erhalten:**
 - Anzahl der Ratsuchenden
 - Herkunft der Ratsuchenden
 - Geschlecht der Ratsuchenden
 - Beratungsanliegen der Ratsuchenden
 - Auflistung der Institutionen und Einrichtungen, an die die Ratsuchenden verwiesen wurden
 - Prüfung, inwieweit eine Implementierung in den bestehenden Beratungsdiensten möglich ist.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 10

Verwendung der Mittel des Integrationsrates aus dem Integrationsbudget

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 10518/2014-2020/1

Ohne Aussprache wird der beschlossen:

Beschluss:

Mit den Mitteln des Integrationsrates aus dem Integrationsbudget werden in 2020 - wie in der Anlage konkretisiert - folgende Vorhaben umgesetzt:

- **Aktivitäten zur Neuwahl des Gremiums**
- **Maßnahmen von Migrantenorganisationen**
- **Aktivitäten bzw. Kooperationen/öffentliche Aktionen des Integrationsrates zu den Themen Partizipation, Zusammenleben, Antirassismus**

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

Mehmet Ali Ölmez

Emir Ali Sağ